

RAJOY ÜBERNIMMT

DIE ERGEBNISSE DER PARLAMENTS- UND SENATSWAHLEN UND DIE SCHWÄCHEN DES SPANISCHEN WAHLSYSTEMS

Die Mehrheit der spanischen Bevölkerung hat sich am 20. November 2011 für einen politischen Wechsel entschieden. Nachdem die bis dato regierenden Sozialisten (*Partido Socialista Obrero Español*, PSOE) die wichtigsten Probleme des Landes – die hohe Arbeitslosigkeit, die enorme öffentliche Verschuldung, die Stagnation der Wirtschaft – nicht hatten lösen können, erlangte nun die größte Oppositionspartei, *Partido Popular* (PP), unter Mariano Rajoy die Mehrheit der Stimmen und erhielt somit einen klaren Regierungsauftrag.

Ermöglicht wurde der Wechsel durch die Entscheidung José Luis Rodríguez Zapateros, des bisherigen Ministerpräsidenten, die Parlaments- und Senatswahlen von März 2012 auf Herbst 2011 vorzuziehen. Sie wurden am 29. Juli 2011 ausgerufen und entsprechend dem Königlichen Dekret, das laut Verfassung für die Ausrufung von Neuwahlen erlassen werden muss, 54 Tage später, am 20. November 2011, abgehalten.¹

Offiziell gab Zapatero als Grund für die Vorverlegung der Wahlen an, dass „politische und wirtschaftliche Sicherheit“ geschaffen werden müsse und eine Regierung gebildet werden müsse, die bereits Anfang 2012 voll handlungsfähig sei. Seine Regierung habe „einen Großteil ihrer Ziele“ erreicht. Damit sei „der Grundstein für die Erholung“ der spanischen Wirtschaft gelegt worden.²

Tatsächlich war der Druck auf Zapatero in den letzten Monaten vor der Ausrufung der Wahlen so stark gewachsen, dass diese Entscheidung unausweichlich wurde, insbesondere seit seine Partei bei den Regional- und Kommunalwahlen im Mai 2011 in fast allen 17 Autonomen Gemeinschaften (*Comunidades Autónomas* = politisch autonome Regionen³) und 8.116 Kommunen der PP weichen musste.⁴ Zapatero – gab daraufhin im April 2011 bekannt, dass er nicht mehr als Spitzenkandidat der PSOE antreten wolle. Stattdessen wurde in einem internen Abstimmungsverfahren Alfredo Pérez Rubalcaba, bisheriger Innenminister unter Zapatero, zum Spitzenkandidaten gewählt. Jedoch konnte auch diese Wahl den Sozialisten kein neues Vertrauen bescheren.

Im Vorfeld der Wahlen: Umfrageergebnis und Wahlkampfstrategien

In den auf die Bekanntgabe der Neuwahlen folgenden Umfragen sank die PSOE kontinuierlich in der Gunst der Befragten, bis sie am Ende – laut der letzten Umfrage des *Centro de*

¹ <http://www.portalelectoral.es/content/view/28/34> [28.11.2011], 26. Die Spanische Verfassung im Original: http://www.lamoncloa.gob.es/NR/rdonlyres/79FF2885-8DFA-4348-8450-04610A9267F0/0/constitucion_ES.pdf [28.11.2011].

² <http://www.elpais.com.uy/110729/ultmo-583062/ultimomomento/Zapatero-anuncia-elecciones-anticipadas-para-el-20-de-noviembre> [28.11.2011].

³ Nohlen, Dieter/Hildebrand, Andreas, *Spanien – Wirtschaft – Gesellschaft – Politik. Ein Studienbuch* (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005), 271.

⁴ <http://resultados.elpais.com/elecciones/2011/autonomicas-municipales.html> [28.11.2011].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SPANIEN

VERENA GEIER

November 2011

www.kas.de/Spainien

Investigaciones Sociológicas vom 6. Oktober 2011 – ganze 12,6 Prozentpunkte vom Wahlsieger PP entfernt lag.⁵ Der Grund für den enormen Verlust an Zuspruch für die Sozialisten lag in der Schwere der Wirtschafts- und Finanzkrise und der Ohnmacht der sozialistischen Regierung, deren Konsequenzen in den Griff zu bekommen.

Während in einer Umfrage vor den Parlaments- und Senatswahlen im März 2008 nur 27,4 Prozent der Befragten die wirtschaftliche Situation in Spanien als schlecht bezeichneten und immerhin 16 Prozent als gut, waren es bei der letzten Umfrage vor den Wahlen 2011 nur noch 1,4 Prozent, die sie für gut befanden. 40,4 Prozent der Befragten bewerteten sie dagegen als schlecht, 45,6 Prozent sogar als sehr schlecht.

Dramatisch verändert hat sich auch die Bewertung der Wichtigkeit unterschiedlicher Politikfelder. Im Januar 2008 gaben 43,8 Prozent der Befragten als Hauptproblem die Arbeitslosigkeit an, gefolgt von der wirtschaftlichen Situation (39,2 Prozent) und dem Terrorismus (35,1 Prozent). Drei Jahre später, im Oktober 2011, nachdem bekannt wurde, dass die Arbeitslosenquote einen neuen Höchstwert erreicht hatte⁶, erklärten 80,9 Prozent der Befragten die Arbeitslosigkeit als Hauptproblem Spaniens. Die wirtschaftliche Lage bereitete der Hälfte der Befragten Sorge (51,3 Prozent), wohingegen die Bedeutung des Terrorismus zurückging (3,3 Prozent).

Immer häufiger werden aber auch die politischen Parteien als Problem wahrgenommen. 2008 galt das nur für 8,9 Prozent der Befragten, 2011 dagegen für 23,6 Prozent.⁷ Die Aufdeckung von Korruptionsskandalen in beiden Großparteien PP und PSOE dürfte für das gewachsenen Misstrauen verantwortlich sein. Die Bewegung der Empörten, der *indignados*, die am 15. Mai 2011 – eine Woche vor den spanischen Regional- und Kommunalwahlen - als Protestbewegung gegen die aktuellen politischen Strukturen entstand, sieht mehr noch als die Korruption in den Reihen von PP und PSOE deren Dominanz als eines der Hauptprobleme Spaniens. Diese habe aus dem politischen System Spaniens, das ursprünglich als Mehrparteiensystem konzipiert worden war, ein Zweiparteiensystem gemacht. Das „unerschütterliche Akronym PP & PSOE“, wie der Hauptakteur der *indignados*, die Organisation *¡Real Democracia Ya!*, in seinem Manifest schreibt, ermögliche die Bereicherung einiger Weniger auf Kosten der spanischen Bürger und die Beschränkung der Macht auf einen kleinen Kreis von Politikern. Der Großteil der Politiker, so die Kritik, höre den Bürgern überhaupt nicht zu.⁸ Aber nicht nur die Machtanhäufung unter Politikern empört die *indignados*, auch der vermeintlichen Herrschaft von Großunternehmen und Banken müsse aus ihrer Sicht entgegen gearbeitet werden.

Im Vorfeld der Wahlen, noch vor dem eigentlichen Wahlkampf (der nach spanischem Recht nur 15 Tage dauert⁹), versuchte PSOE-Spitzenkandidat Rubalcaba, sich diese Stimmungen

⁵ http://www.cis.es/cis/opencms/-Archivos/Marginales/2900_2919/2915/Es2915.pdf [28.11.2011], 8.

⁶ Das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) setzte Spanien vergangenen Freitag erneut an die Spitze der Arbeitslosigkeit in der EU, mit einer Arbeitslosenquote, die fast doppelt so hoch ist wie im europäischen Schnitt, siehe: wko.at/statistik/eu/europa-arbeitslosenquoten.pdf [04.10.2011].

⁷ Alle Zahlen stammen von der Internetseite des CIS – *Centro de Investigaciones Sociológicas* -, für 2008, siehe: http://www.cis.es/cis/opencms/-Archivos/Marginales/2740_2759/2749/e274900.html [01.12.2011], für 2011 unter: http://www.cis.es/cis/opencms/-Archivos/Marginales/2900_2919/2914/Es2914.pdf [01.12.2011]

⁸ Aus dem Manifest der Bewegung *¡Real Democracia ya!*, <http://www.democraciarealya.es/manifiesto-comun/von-democracia-real-ya-aleman> [08.12.2011]

⁹ <http://www.urda.es/urdaelecciones/loreg/60.htm> [08.12.2011].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SPANIEN

VERENA GEIER

November 2011

www.kas.de/Spainen

zu Nutzen zu machen, indem er die Wiedereinführung der Vermögenssteuer anregte. Die Regierung Zapateros entschloss sich letztendlich auch zu diesem Schritt, obwohl sie es war, die diese Steuer zu Beginn ihrer zweiten Legislatur abgeschafft hatte. Außerdem nahm Rubalcaba die Erhöhung der Körperschaftssteuer für Großunternehmen und die Einführung einer Bankensteuer in sein Wahlprogramm auf.¹⁰ Der Grund für diesen Linksruck war die Meinung der Sozialisten, bei den *indignados* handle es sich größtenteils um links orientierte Bürger. Jedoch stellte die Demonstranten zu Beginn eine ideologiefreie Protestbewegung dar; in den ersten Tagen gingen auch Geschäftsmänner und konservative Teile der Bevölkerung auf die Straße.¹¹

Die Wahlkampfstrategie Rubalcabas ging, wie die Ergebnisse zeigen, nicht auf. Im Gegenteil: Sie bereitete ihm Schwierigkeiten beim Erreichen einer breiten Wählerschicht und derjenigen Wähler mit einer eher gemäßigten Ideologie. Hinzu kommt, dass Rubalcaba durch seine lange politische Laufbahn¹² zu sehr mit der politischen Vergangenheit Spaniens verwoben ist, als dass man ihm die Schaffung einer grundsätzlich anderen politischen und wirtschaftlichen Zukunft zugetraut hätte. Die PSOE wurde abgestraft, weil ihre Regierung für die besorgniserregende wirtschaftliche Lage Spaniens und die im europäischen Vergleich rekordverdächtigen Arbeitslosenzahlen verantwortlich gemacht wird. Dass Zapatero noch im Oktober 2011 versicherte, der Anstieg der Arbeitslosigkeit sei „auf die Zuspitzung der Krise in der Euro-Zone“ zurückzuführen und habe mit nichts zu tun¹³, konnte diese Auffassung nicht mehr ändern.

Womöglich hängt die verheerende Situation auf dem spanischen Arbeitsmarkt tatsächlich mit der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise zusammen. Dennoch lässt sich nicht leugnen, dass die sozialistische Regierung zur Bekämpfung der Arbeitsplatzvernichtung nicht die richtigen Maßnahmen ergriffen hat. Während die Arbeitslosenquote im europäischen Schnitt im Oktober 2011 bei 9,8 Prozent lag, bildete Spanien mit dem mehr als doppelten Wert (22,8 Prozent) das Schlusslicht der EU. In Ländern wie Estland, Litauen und Lettland, die Spanien bisher mit etwas Abstand folgten, konnten die Arbeitslosenzahlen in den vergangenen Monaten reduziert werden, in Spanien dagegen stiegen sie weiter.¹⁴ Zwar

¹⁰ Wahlprogramm des PSOE,

<http://www.psoe.es/saladeprensa/docs/608866/page/programa-electoral-para-las-elecciones-generales-2011.html>, 16 [08.12.2011].

¹¹ „¡Real Democracia Ya!“ schreibt in ihrem Manifest: „Einige von uns bezeichnen sich als fortschrittlich, andere als konservativ. Manche von uns sind gläubig, andere wiederum nicht. Einige von uns folgen klar definierten Ideologien, manche unter uns sind unpolitisch, aber wir sind alle besorgt und wütend angesichts der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektive, die sich uns präsentiert: die Korruption unter Politikern, Geschäftsleuten und Bankern macht uns hilf- und sprachlos.“ Vgl.

<http://www.democraciarealya.es/manifiesto-comun/von-democracia-real-ya-aleman> [08.12.2011].

¹² Rubalcabas Karriere begann 1982 mit mehreren Posten im Bereich Bildung und Erziehung; 1988 wurde er Staatssekretär für Erziehung; zwischen 1992 und 1993 war er Erziehungs- und Wissenschaftsminister. 1993 ernannte ihn Felipe González zum Präsidentenminister; später war er zuständig für das Wahlprogramm der Sozialisten bei den Wahlen 2004, wurde Sprecher der sozialistischen Fraktion im Parlament und 2008 Innenminister (bis zu seiner Ernennung zum Spitzenkandidaten im Sommer 2011), siehe: [http://www.abc.es/personajes/famoso.asp?biografia=Alfredo Prozent20P ProzentE9rez Prozent20Rubalcaba&historia=784](http://www.abc.es/personajes/famoso.asp?biografia=Alfredo%20Prozent20P%20ProzentE9rez%20Rubalcaba&historia=784) [08.12.2011].

¹³ Charte, Miguel, *Rodríguez Zapatero achaca el aumento del paro a la "nueva fase de agudización de la crisis"*, in: RTVE.es, <http://www.rtve.es/noticias/20111029/rodriguez-zapatero-achaca-aumento-del-paro-nueva-fase-agudizacion-tesis/471885.shtml> [01.12.2011].

¹⁴ http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-30112011-BP/DE/3-30112011-BP-DE.PDF [01.12.2011].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SPANIEN

VERENA GEIER

November 2011

www.kas.de/Spainen

muss aufgrund des Saisonwechsels immer mit einem leichten Einbruch gerechnet werden, allerdings nicht in dieser Größenordnung. Besonders dramatisch ist die Lage damit für das spanische Versicherungssystem (*Seguridad Social*), deren Verluste weiter ansteigen, und somit auch das Rentensystem, die Einkommenssteuer und den Konsum in Mitleidenschaft ziehen.

Laut einem Bericht der spanischen Bank BBVA wird auch die Produktionsrate der spanischen Wirtschaft weiter zurückgehen. Gründe sind die vorausgesagte Stagnation der europäischen Wirtschaft und die hohe Risikoprämie, die Spanien für neue Kredite bezahlen muss, was sich wiederum auf Unternehmen und Familien auswirkt und so auch Konsumrate und Investitionen negativ beeinflusst.¹⁵ Die spanische Konsumrate ist im zweiten Trimester dieses Jahres um 0,3 Prozent gefallen, wenngleich – aufgrund der schlechten Entwicklung einzelner Sektoren wie der Automobilindustrie – ein noch höherer Einbruch des Konsums erwartet wurde.¹⁶ Dagegen konnte die Tourismusindustrie trotz der Wirtschaftskrise eine äußerst positive Bilanz ziehen. Sie erlebte diesen Sommer einen regelrechten Boom. Verantwortlich dafür sind größtenteils die politischen Entwicklungen in Nordafrika. Urlauber, die bisher im Sommer nach Ägypten oder Tunesien reisten, flogen dieses Jahr auf die Kanaren – damit stieg die Anzahl von Touristen dort im Vergleich zum Vorjahr um 19 Prozent an¹⁷.

Da das Defizitziel für das Jahr 2011 von sechs Prozent verfehlt wurde, ist auch die Erreichung der Ziele von 4,4 Prozent für das Jahr 2012 und drei Prozent für das Jahr 2013 – trotz nun begonnener Sparmaßnahmen - ungewiss. Die Europäische Kommission sieht den Grund für diese Schwierigkeiten in der Haushaltspolitik der Autonomen Gemeinschaften. Neun der 17 Regionen hätten 2010 ihr Budget nicht eingehalten. Wenn Spanien seine Staatsschulden tatsächlich, wie vereinbart, senken wolle, müsse die Zentralregierung die Verschuldung und Ausgabenpolitik ihrer Regionen besser überwachen.¹⁸

Ob all diese Schwierigkeiten von der neuen Regierung überwunden werden können, wird sich zeigen. Fest steht, dass die PP diesbezüglich mehr Vertrauen genießt als die PSOE. Eine Umfrage im Vorfeld der Wahlen zeigte, dass 37,6 Prozent der Befragten glaubten, dass die PP das Problem der Arbeitslosigkeit eher in den Griff bekommen würde als die PSOE. In Bezug auf die wirtschaftliche Lage sprachen sich 41,2 Prozent für die PP aus und nur 15,0 Prozent für die PSOE.¹⁹

Das spanische Wahlrecht im Detail

Die spanischen Abgeordneten werden auf der Basis von geschlossenen Kandidatenlisten auf vier Jahre gewählt. Die Wahl ist allgemein, frei, direkt und geheim. Die Zahl der Abgeordneten beläuft sich derzeit auf 350. Jede Provinz bildet einen Wahlkreis; insgesamt sind es 52. Aus diesen werden mindestens zwei Abgeordnete entsandt (Ceuta und Melilla, die beiden spanischen Enklaven auf afrikanischem Boden, entsenden jeweils nur einen).

¹⁵ BBVA Research, *Situación España, Cuarto Trimestre 2011, Análisis Económico*, http://www.bbva.com/KETD/fbin/mult/1111_Situacionespana_tcm346-275967.pdf?ts=1122011 [01.12.2011]

¹⁶ Die Verkaufszahlen der Automobilindustrie sind in den ersten zehn Monaten dieses Jahres um 20 Prozent gesunken. Vgl. Del Brio, Francisco, *Las ventas de coches caen a nivel de 1993*, in: ABC (Madrid), 03.11.2011, 41.

¹⁷ Ontonso, L. M., *El turismo cierra su tercer mejor verano de la historia*, in: ABC (Madrid), 25.10.2011, 39.

¹⁸ Valero, Jorge, *Bruselas empeorará las previsiones de déficit público para España*, abrufbar unter: <http://www.larazon.es/noticia/1470-bruselas-empeorara-las-previsiones-de-deficit-publico-para-espana> [08.12.2011].

¹⁹ Centro de Investigaciones Sociológicas, *Preelectoral Elecciones Generales, Octubre 2011*, http://www.cis.es/cis/opencms/-Archivos/Marginales/2900_2919/2915/Es2915.pdf [08.12.2011].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SPANIEN

VERENA GEIER

November 2011

www.kas.de/Spanien

Wie viele der übrigen 248 Abgeordneten für die einzelnen Wahlbezirke zusätzlich ins Parlament einziehen, richtet sich nach deren Bevölkerungszahl, was mithilfe eines komplizierten Berechnungsschemas ermittelt wird. In Madrid sind es derzeit 36. Durchschnittlich liegt die Anzahl der Abgeordneten pro Provinz aber niedriger, bei etwa 6,7.

Die Vergabe der Mandate erfolgt nach der Methode D'Hondt und auf Wahlkreisebene. Dabei können nur diejenigen Kandidatenlisten an der Vergabe von Mandaten beteiligt werden, die mindestens 3% der Stimmen im jeweiligen Wahlkreis errungen haben²⁰.

Aufgrund der starren Regel, dass jeder Wahlkreis mindestens 2 Abgeordnete ins Parlament entsendet und der unterschiedlichen Bevölkerungszahl kommt es zu einer gewissen Verzerrung der Repräsentation zugunsten der kleineren Wahlkreise. Zur Verdeutlichung: während bei den Wahlen 1977 auf einen Abgeordneten in Madrid 141.000 Wähler entfielen, waren es in der Provinz Soria nur 33.500 Wähler pro Abgeordnetem.²¹ Dies stellt einen der Hauptkritikpunkte des spanischen Wahlrechts dar.

Die Oppositionspartei UPyD schlägt deshalb in ihrem Wahlprogramm vor, die Mindestanzahl der Abgeordneten pro Wahlbezirk von zwei auf einen herabzusetzen und die Wahlbezirke neu einzuteilen, und zwar allein unter Beachtung der Bevölkerungszahlen und nicht der geographischen oder historischen Aufteilung.²²

Parallel zu den Parlamentswahlen finden die Wahlen zur Zweiten Kammer der spanischen „Cortes“, dem Senat, statt. Seine Mitglieder werden ebenfalls auf vier Jahre gewählt. Pro Wahlkreis werden vier Senatoren nach Mehrheitswahl in allgemeiner, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Ceuta und Melilla wählen je zwei und die spanischen Inselgruppen Gran Canaria, Mallorca und Teneriffa je nach Größe entweder einen oder drei Senatoren.

Nur ein kleinerer Teil der Senatoren wird direkt von den Parlamenten der Autonomen Gemeinschaften gewählt; je Autonome Gemeinschaft ist es mindestens einer, je eine Million Einwohner kommt ein weiterer dazu (weshalb die Zahl der Senatoren schwanken kann). Mit dieser Koppelung an die Bevölkerungszahl und die Wahl durch die Autonomen Gemeinschaften ist sowohl die proportionale als auch die territoriale Repräsentation sichergestellt. Allerdings spielt der Senat nur eine geringe Rolle in der spanischen Legislative. Die Mehrheitsverhältnisse, die im Abgeordnetenhaus zustande kommen, können sich jedoch durch die Senatswahlen verstärken.²³

Die Wahlergebnisse (als Folge der Mängel des spanischen Wahlsystems)

Die Wahlergebnisse des 20. November 2011 haben nicht nur die Unzufriedenheit eines Großteils der spanischen Bevölkerung mit der sozialistischen Regierung offenbart, sondern auch eine gewisse Unzufriedenheit mit der anderen Großpartei, der PP. Oftmals wurde im Vorfeld der Wahlen von einer Zweiparteien-Herrschaft (*bipartidismo*) von PP und PSOE gesprochen. Den beiden Großparteien wurde vorgeworfen, die kleineren Parteien aus der nationalen Politik ausschließen zu wollen und zu diesem Zwecke Gespräche zur Änderung des spanischen Wahlrechts zu verweigern. Der Hauptkritikpunkt von Seiten der kleineren Partei-

²⁰ Nohlen, Dieter/Hildebrand, Andreas, *Spanien – Wirtschaft – Gesellschaft – Politik. Ein Studienbuch* (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005), S. 264

²¹ Barrios, Harald, "Grundzüge des politischen Systems", in: Berncker, Walther L. (Hrsg.), *Spanien heute – Politik, Wirtschaft, Kultur* (Frankfurt am Main: Vervuert Verlag, 2008), 66.

²² [http://www.upyd.es/contenidos/secciones/368/Reforma de la Constitucion de la Ley Electoral y de las Instituciones](http://www.upyd.es/contenidos/secciones/368/Reforma%20de%20la%20Constitucion%20de%20la%20Ley%20Electoral%20y%20de%20las%20Instituciones) [24.10.2011]

²³ Nohlen, Dieter/Hildebrand, Andreas, *Spanien – Wirtschaft – Gesellschaft – Politik. Ein Studienbuch* (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005), 266.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SPANIEN

VERENA GEIER

November 2011

www.kas.de/Spanien

en ist die Sitzverteilung nach der Methode D'Hondt auf Wahlkreisebene. Sie sorgt dafür, dass sich die „ursprünglich minimalen Effekte“ der Methode D'Hondt „auf nationaler Ebene summieren“ und so zur Begünstigung der größeren Parteien und in noch prägnanterer Form, zur Benachteiligung der kleineren Parteien führt²⁴.

Zudem werden durch sie „regionale Hochburgensituationen belohnt“²⁵.

UPyD beispielsweise erlangte 125.979 Stimmen mehr als das katalanische Parteienbündnis CiU, stellt aber ganze 11 Abgeordnete weniger als CiU, weil es sich bei ihr um eine national antretende Partei handelt, die in keiner spanischen Provinz eine eindeutige Mehrheit erreichen konnte. Nur in Madrid war sie mit 10,29 Prozent drittstärkste Kraft; hier erhielt sie auch 4 der 5 Mandate. In Valencia kam mit 5,92 Prozent noch ein weiteres hinzu.

Das katalanische Wahlbündnis CiU konnte dagegen mit einer Stimmenmehrheit in nur 2 Provinzen (Girona und Barcelona) 12 ihrer 16 Sitze im Parlament erlangen. Allerdings muss dazu gesagt werden, dass es sich bei letzterer um eine besonders bevölkerungsreiche handelt.

Am Beispiel des baskischen Wahlbündnisses AMAIUR ist dieser Disproportionalitätseffekt zugunsten von regionalen Hochburgen wohl am deutlichsten sichtbar: AMAIUR wurde außerhalb des Baskenlands und Navarras (zwei Regionen, die aufgrund einer ähnlichen Historie und eines ähnlichen Status innerhalb Spaniens auch ähnliche Interessen haben)²⁶ nirgendwo gewählt, so dass sie insgesamt nur 333.628 Stimmen auf sich vereinen konnte. Dennoch - trotz gut 800.000 Stimmen weniger als UPyD – zogen für sie insgesamt 7 Abgeordnete ins Parlament ein, 2 mehr als für UPyD.

Abbildung 3: Ergebnisse der kleineren Parteien bei den Parlamentswahlen am 20. November 2011

Parteiename	Beschreibung	Anzahl der Abgeordneten
CiU (<i>Convergència i Unió</i>)	Katalanisches Wahlbündnis aus Liberalen und dem EVP-Mitglied UDC	16
IU-LV (<i>Izquierda Unida Los Verdes</i>)	Links von der PSOE angesiedelte, national antretende politische Formation	11
AMAIUR	Baskisches Wahlbündnis aus ETA-freundlichen baskischen und navarraschen Parteien	7
UPyD (<i>Unión, Progreso y Democracia</i>)	Partei, die sich um die ehemalige sozialistische Abgeordnete Rosa Díez bildete	5

²⁴ Nohlen, Dieter/Hildebrand, Andreas, *Spanien – Wirtschaft – Gesellschaft – Politik. Ein Studienbuch* (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005), S. 264.

²⁵ Barrios, Harald, „Grundzüge des politischen Systems“, in: Berncker, Walther L. (Hrsg.), *Spanien heute – Politik, Wirtschaft, Kultur* (Frankfurt am Main: Vervuert Verlag, 2008), 67.

²⁶ Beide Autonome Gemeinschaften genießen beispielsweise eine eigene steuerliche Behandlung (Foralrechte), siehe: Bourne, Angela K., *Föderalismus und das Baskenland*, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus Forschung Tübingen (Hrsg.): *Jahrbuch des Föderalismus 2003* (Baden-Baden, 2003), 236f.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SPANIEN

VERENA GEIER

November 2011

www.kas.de/Spainen

		und sich selbst als zentralistisch-liberal einstuft	
EAJ-PNV (<i>Euzko Alderdi Jeltzalea-Partido Nacionalista Vasco</i>)	Gemäßigte baskische Nationalisten		5
ESQUERRA	Mitte-links gerichtete katalanische Nationalisten		3
BNG (<i>Bloque Nacional Galego</i>)	Galizische Nationalisten		2
CC-NC-PNC (<i>Coalición Canaria</i>)	Kanarischen Wahlbündnis aus Nationalisten, ehemaligen Kommunisten und kanarischen Konservativen		2
COMPROMÍS-Q	Valenzianisches Wahlbündnis aus Nationalisten und Grünen		1
FAC (<i>Foro Asturias</i>)	Von Álvarez-Cascos, ehemaliges PP-Mitglied, gegründete und in Asturien und Madrid angetretene Partei		1
GBAI (<i>Geroa Bai</i>)	Navarrasche Wahlkoalition, bestehend u. a. aus den gemäßigten navarraschen Nationalisten		1

Quelle: Spanisches Innenministerium²⁷

Parteien, die nicht – wie PP und PSOE – in mehreren Wahlkreisen eine Mehrheit erhalten, oder wie CiU oder AMAIUR regional stark sind, werden nicht angemessen repräsentiert. Meist bekommen sie viel weniger Mandate als ihnen der Zahl ihrer Stimmen nach zustehen würden.

Dass die Wahlkoalition AMAIUR - bestehend aus ETA-freundlichen baskischen Parteien, die nach der offiziellen Abkehr ETAs von der Gewalt nun die Interessen der baskischen Separatisten auf politischer Ebene durchsetzen wollen - eine so breite parlamentarische Repräsentation erhielt, wird von vielen Spaniern als Ungerechtigkeit wahrgenommen.

Gaspar Llamazares, Abgeordneter der Vereinigten Linken (*Izquierda Unida*, IU), der meist gewählten Partei nach PP und PSOE, sprach nach den Wahlen trotzdem von einem „erfolgreichen Schlag gegen das Zweiparteiensystem“²⁸. In der Tat konnten die kleineren Parteien mehr Zulauf verzeichnen als je zuvor: Viele der spanischen Wähler gaben ihre Stimme – auf die Gefahr hin, dass sie aufgrund des Nichterreichens der notwendigen Drei-Prozent-Hürde

²⁷ Ebd. [02.12.2011].

²⁸ <http://www.nuevatribuna.es/articulo/espana/2011-11-28/llamazares-ve-tocado-el-bipartidismo-de-psoe-pp/2011112816004900310.html> [08.12.2011].

SPANIEN

VERENA GEIER

November 2011

www.kas.de/Spainen

wirkungslos bleiben könnte – einer kleineren Partei. 34 neue Parteien ließen sich erstmals zu den Wahlen aufstellen. Zwar erhielten nur drei von ihnen auch Sitze im Parlament, dennoch wurde deutlich, dass die spanische Bevölkerung nach Alternativen zu den beiden Großparteien suchte und diese auch fand.

Andere entschieden sich, in noch größerem Ausmaß als bei vorherigen Wahlgängen, den Wahlen fernzubleiben. Die Zahl der Nichtwähler stieg im Vergleich zu den Wahlen im Jahr 2008 von 26,15 Prozent auf 28,31 Prozent an.

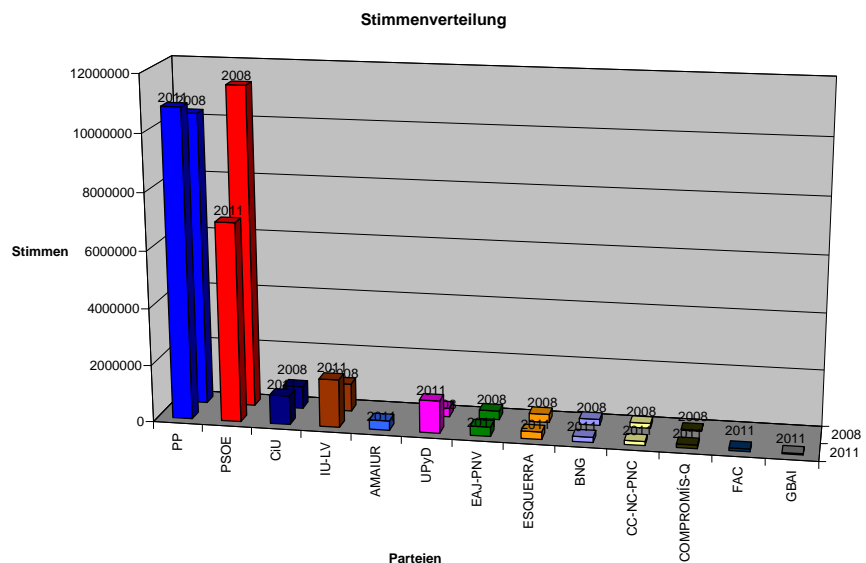
Die Wahlergebnisse zeigen also, dass die PP zwar mit einer deutlichen Mehrheit siegte (44,62 Prozent der Stimmen – knapp 550.000 mehr als im Jahr 2008), der Stimmenzugewinn der PP aber lange nicht so groß ist wie der Verlust der PSOE. Die Stimmen, die die PSOE verlor, kamen außerdem nicht hauptsächlich der PP zu, sondern vielmehr kleineren Parteien oder neuen politischen Formationen. In fünf Autonomen Gemeinschaften – Kantabrien, Madrid, Navarra, Valencia und Asturien – verlor die PP sogar, wenn auch nicht prozentual, so doch in absoluten Zahlen.

Die PSOE erreichte mit 6.973.880 Stimmen nur noch 28,73 Prozent und damit 110 Mandate. Das bedeutet über vier Millionen Stimmen weniger als bei den Wahlen im März 2008 und den Verlust von insgesamt 59 Mandaten.

Nichtsdestotrotz besitzt die PP - mit einer Stimmenmehrheit in fast allen Autonomen Gemeinschaften (außer im Baskenland, in Katalonien und in Asturien) und 186 Sitzen im Parlament - nun eine äußerst bequeme Mehrheit, die sie allein bei Gesetzen, die einer Zweidrittelmehrheit bedürfen (wie einer Verfassungsänderung), zum Zusammenschluss mit anderen parlamentarischen Kräften zwingt. Das bedeutet eine einmalige Chance auch für die Durchsetzung besonders unpopulärer Maßnahmen.

Im Senat wird sie künftig 136 Senatoren stellen – 101 waren es in der letzten Legislaturperiode. Die Zahl der sozialistischen Senatoren hat sich dagegen fast halbiert (von 88 auf 48).

Abbildung 1: Stimmenverteilung bei den Parlamentswahlen am 20. November 2011 im Vergleich zu den Wahlen 2008

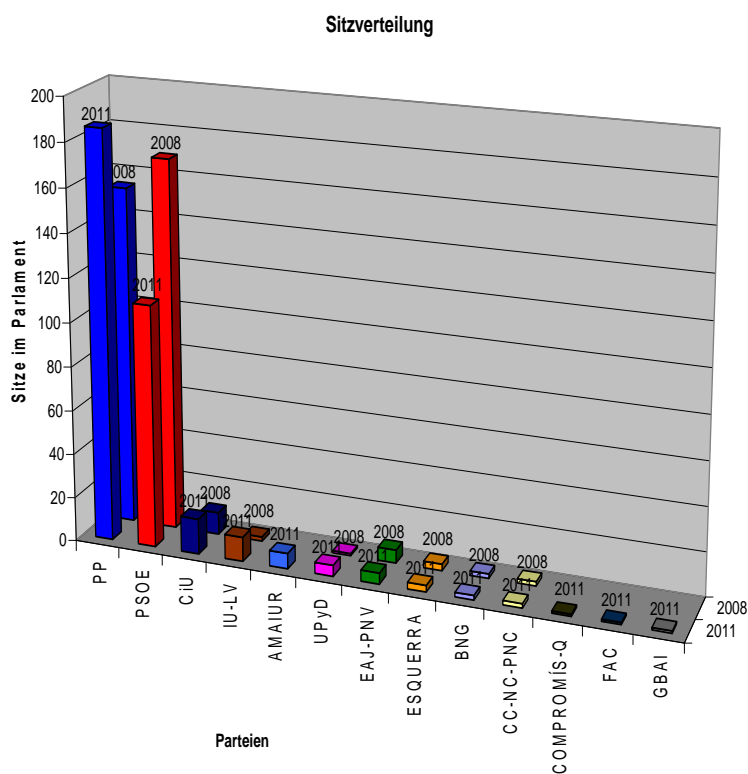


SPANIEN

VERENA GEIER

November 2011

www.kas.de/Spanien



Quelle: Spanisches Innenministerium²⁹

Dennoch wird der Druck der kleineren Parteien hin zu einer Änderung des spanischen Wahlsystems weiter steigen: neben der Verzerrung der Repräsentation zugunsten der kleineren Wahlkreise wird, wie gesagt, vor allem die Sitzverteilung auf Wahlkreisebene - unter Anwendung der Methode d'Hondt und der 3%-Hürde (ebenfalls auf Wahlkreisebene statt auf nationaler Ebene) kritisiert.

Raúl Vilas, Politikwissenschaftler und Redakteur des Internetportals „Libertad Digital“, schreibt im Nachgang der Wahlen, dass beispielsweise AMAIUR im nationalen Parlament gar nicht vertreten wäre, würde die Verrechnung von Stimmen in Sitze nicht auf Wahlkreisebene, sondern auf nationaler Ebene erfolgen. Dann nämlich würde AMAIUR unter der 3 Prozent-Hürde bleiben, die aktuell nötig ist, um eine parlamentarische Repräsentation zu erhalten. Würde dagegen nur die d'Hondtsche Methode, die oftmals als Grund der Disproportionalitäten genannt wird, nicht angewendet werden, würde sich nur geringfügig etwas ändern.

Vilas dringende Empfehlung ist deshalb die Einführung der Sitzverteilung auf nationaler Ebene. Danach wäre die Anzahl der erreichten Mandate wie folgt:

²⁹ http://elecciones.mir.es/resultadosgenerales2011/99CG/DCG99999TO_L1.htm [02.12.2011].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PP: 176 Sitze statt 186

SPANIEN

PSOE: 113 Sitze statt 110

VERENA GEIER

IU: 27 Sitze statt derzeit 11

November 2011

UPyD: 18 Sitze statt derzeit 5

www.kas.de/Spanien

CiU: 16 Sitze nach wie vor

Izquierda Unida und UPyD, die in den Wahlen vom 20. November und aufgrund des aktuellen spanischen Wahlrechts am meisten benachteiligten wurden, könnten ihre Sitze verdreifachen, die Zahl der Mandate von CiU würde gleich bleiben.³⁰

Um die Frage zu klären, warum diese Art von Wahlsystem gewählt wurde – ein Wahlsystem, welches viele Stimmen aufgrund eines psychologischen Effekts verfälscht³¹ und keine echte Proportionalität von Stimmen zu Mandaten zu schaffen vermag, muss man in die Zeit der spanischen Transition zurückblicken. Die politische Rechte forderte damals ein System der Mehrheitswahl, die regionalistischen Teile der demokratischen Opposition bestanden jedoch auf ein System der Verhältniswahl. Das Ergebnis war ein Kompromiss.³² Mithilfe der Mehrheitsregel sollte eine Zersplitterung des Parteiensystems vermieden werden, mithilfe der Proporzregel sollte zugleich den regionalistischen Kräften die Möglichkeit einer zentralstaatlichen Vertretung eingeräumt werden. Dadurch wurde sowohl die parlamentarische Mehrheitsbildung erleichtert (und damit das Funktionieren des parlamentarischen Systems), als auch dem pluralistischen Spanien Rechnung getragen.³³ Für die Konsolidierung der Demokratie in Spanien scheint diese Entscheidung essentiell gewesen zu sein. Ob diese Mischform jedoch auch heute noch sinnvoll ist, ist fraglich. Zumindest wird der Ruf nach einer Wahlrechtsreform in der spanischen Öffentlichkeit immer lauter.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Mariano Rajoy trat am Wahlabend (noch als Spitzenkandidat der PP) mit einer Rede vor die Wähler, in der er insbesondere zu gemeinsamen Anstrengungen aufrief. „Spanien“ habe „nur zwei Feinde: die Krise und die Arbeitslosigkeit“. Als eines der wichtigsten Ziele seiner Regierung nannte er die Reduzierung des Haushaltsdefizits, als ein weiteres die „Solidarität“. Spanien sei „eine große Nation, aber auch große Nationen vergessen manchmal, wer sie sind“. Statt „künstlicher Streitereien“ seien nun gemeinsamen Anstrengungen nötig.³⁴ Fest steht, dass das Erbe Zapateros, mit dem sich Rajoy nun konfrontiert sieht, kaum schwerer sein könnte. Die wichtigsten Herausforderungen für die neue Regierung sind:

Das öffentliche Defizit:

³⁰ Vilas, Raúl, *¿Qué pasaría si España fuese una circunscripción única?*, in: Libertad Digital, <http://www.libertaddigital.com/nacional/2011-11-21/que-pasaria-si-espana-fuera-una-circunscripcion-unica-1276441942> [22.11.2011]

³¹ Um einen Stimmenverlust zu vermeiden, wohl wissend, dass die kleineren Parteien benachteiligt werden, konzentrieren viele Wähler – gerade in kleineren Wahlkreisen – ihre Stimme von vornherein auf die Großparteien, siehe: Nohlen, Dieter/Hildebrand, Andreas, *Spanien – Wirtschaft – Gesellschaft – Politik. Ein Studienbuch* (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005), 265.

³² Ebd., 263.

³³ Ebd., 265.

³⁴ Rajoy, Mariano, *Esfuerzo de todos y para todos*, in: ABC, (Madrid), 21.11.2011, 9.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SPANIEN

VERENA GEIER

November 2011

www.kas.de/Spainen

Mariano Rajoy wies am 6. Dezember 2012, am Tag der Spanischen Verfassung (*Día de la Constitución*), noch einmal auf die Wichtigkeit eines ausgeglichenen Staatshaushaltes hin: „Wir nehmen uns vor, nichts auszugeben, was wir nicht haben; außerdem die Kontrolle des öffentlichen Defizits und eine vernünftige Schuldenpolitik“, so Rajoy.

Die Verfassungsreform am 2. September, durch die das Prinzip der Haushaltsstabilität Einzug in die spanische Verfassung gehalten hat, wird erst durch ein Ausführungsgesetz (*ley orgánica*) wirksam, das bis 30. Juni 2012 verabschiedet werden muss. Die Ausarbeitung dieses Verfassungstextes wird laut Rajoy erste und wichtigste Aufgabe seiner Regierung sein. Spanien sei ein starkes Land, das sein Defizit und seine Schulden in den Griff bekommen werde.

Die Wirtschaftskrise:

Am 8. Dezember 2011, beim Parteitag der EVP in Marseille, kündigte Mariano Rajoy an, nach seiner Vereidigung als eine der ersten Maßnahmen eine tief greifende Arbeitsmarktreform durchzusetzen, denn der spanischen Arbeitsmarkt sei äußerst unflexibel, was die Schaffung von Arbeitsplätzen bisher verhindert habe.

Als zweite wichtige Reform nannte er die Vollendung der Bankenumstrukturierung.

Probleme der territorialen Struktur:

Die Kosten des spanischen Autonomiestaats sind zu hoch, zu diesem Ergebnis kamen mehrere Studien. Der Grund für die Doppelungen und Überschneidungen von Kompetenzen und somit einem Übermaß an Kosten ist die Tatsache, dass die Dezentralisierung in Spanien so weitreichend ist, dass aus den 17 Autonomen Gemeinschaften – wenngleich sie keine eigene Souveränität besitzen – fast perfekte „Nachbildungen des Zentralstaates“³⁵ geworden sind. Sie alle haben eigene Regierungen und Institutionen (ausgenommen einer eigenen Verfassungsgerichtsbarkeit).³⁶ Im Laufe der Jahre konnten Sie aufgrund der relativen Offenheit der spanischen Verfassung einen Großteil der Kompetenzen an sich ziehen³⁷, und diese – wie im Falle Kataloniens – durch die Auflistung in ihrem eigenen Statut vom Zugriff des Zentralstaates abschirmen. Diese Kompetenzfülle geht jedoch nicht einher mit einer ebenso großen finanziellen Autonomie, denn der Großteil ihrer Einnahmen kommt noch immer vom Staat.³⁸ So kommt es zu einem erheblichen Ungleichgewicht, dessen Folge ein kaum noch tragbarer Grad an Verschuldung der Autonomen Gemeinschaften ist. Castilla La-Mancha beispielsweise wird das Haushaltsjahr 2011 sehr wahrscheinlich mit einem Defizit von 9,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts abschließen und damit um das Siebenfache über der eigentlich zulässigen Höchstgrenze von 1,3 Prozent liegen.³⁹

Die Lösung könnte in der Rückverlagerung von Kompetenzen auf die zentralstaatliche Ebene liegen. Jedoch ist dafür eine Verfassungsänderung nötig. Die Autonomen Gemeinschaften müssten ihr zustimmen und ihre Statuten dementsprechend ändern.

³⁵ Grupo de Administración Pública de UPyD, *El coste del Estado Autonómico I* (Fundación Progreso y Democracia, 2010), 71.

³⁶ Bretz Kay G., *Föderalismus und Regionalismus in Deutschland, Spanien und der Europäischen Union*, Bd. 33, (Berlin¹, 2005), 174.

³⁷ Bretz Kay G., *Föderalismus und Regionalismus in Deutschland, Spanien und der Europäischen Union*, Bd. 33, (Berlin¹, 2005), 152f.

³⁸ Gimeno Ullastres., *Tax assignment and regional co-responsibility*, in: Bosch/Durán, *Fiscal Federalism and Political Decentralization* (2008), 103.

³⁹ Urrutia, César, *Cospedal marca el pago regional contra el déficit*, in: El Mundo (Madrid), 08.12.2011, S. 27.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SPANIEN

VERENA GEIER

November 2011

www.kas.de/Spain

Dies in allen Autonomen Gemeinschaften durchzusetzen scheint nahezu unmöglich – insbesondere in den historischen Regionen mit starken nationalistischen Tendenzen wie dem Baskenland und Katalonien, wo noch dazu die PP keine Mehrheit hat. Zwar hat Mariano Rajoy aufgrund der seit Mai vorherrschenden breiten Mehrheit der PP auf regionaler Ebene eine gute Ausgangssituation. Jedoch werden die übrigen Autonomen Gemeinschaften, sollten das Baskenland und Katalonien nicht mitziehen, ihre Kompetenzen auch nicht zurückgeben. Man könnte aber zumindest durch eine Verfassungsänderung verhindern, dass weitere Kompetenzen vom Staat auf die Autonomen Gemeinschaften übertragen werden. Auch diese Aufgabe wird die PP auf eine harte Probe stellen.

Wiedererlangung politischen Gewichts innerhalb der EU:

Mariano Rajoy äußerte kurz nach den Wahlen den entschiedenen „Willen Spaniens“, innerhalb der EU zu den Ländern zu gehören, „die Entscheidungen selbst treffen“ und nicht zu denen, „die Entscheidungen nur umsetzen“. Man wolle Stärke und Einheit zeigen, um wieder „Teil der Lösung zu werden“.⁴⁰

Die Reform des Wahlrechts:

Sie wird von einer breiten Schicht im neuen Parlament und in der Bevölkerung gefordert.

Der Umgang mit Nationalisten:

Die Regierung Rajoy sieht sich einer neu erstarkten nationalistischen Front aus katalanischen und baskischen Nationalisten gegenüber. Eine Umfrage zur Zukunft der ETA hat im November 2011 ergeben, dass ein Großteil der spanischen Bevölkerung nicht an die am 20. Oktober 2011 verkündete Niederlegung ihrer Waffen glaubt. 37 Prozent hielten es für unwahrscheinlich, dass der Terrorismus für immer aus dem Baskenland verschwindet; weitere 20,4 Prozent halten dies für sehr unwahrscheinlich. Auch diese Problematik wird – wenn gleich die Terrororganisation in den Umfragen vor den November-Wahlen nicht mehr zu den Hauptängsten der spanischen Bevölkerung gehörte – eine große Herausforderung für die Regierung Rajoy darstellen, zumal nur 20,6 Prozent der Befragten glauben, dass die PP besonders fähig ist im Umgang mit den baskischen Separatisten. Gut die Hälfte der Befragten ist der Meinung, dass diese neue Problematik – die nach der Rückkehr der baskischen Separatisten in die spanische Legislative auch neue Instrumente verlangt – nur durch einen breiten Konsens der parlamentarischen Kräfte bewältigt werden kann.⁴¹

Der Umgang mit der neu erstarkten Linken:

Den Sparvorhaben der regionalen konservativen Regierungen und der Regierung Rajoy droht Widerstand sowohl von den erstarkten linksgerichteten Parteien im Parlament als auch von sich manifestierenden linken Bevölkerungsgruppen in den spanischen Großstädten. Für die Amtseinführung Rajoys am 19. und 20. Dezember im spanischen Parlament wurden in außergewöhnlichem Maße Sondereinsatzkommandos aufgestellt und Schutzpläne erarbeitet. Der Grund waren Anzeichen darauf, dass es zu schweren Zwischenfällen kommen könnte.

Immer lauter werden angesichts dieser vielschichtigen Probleme die Stimmen, die als einzigen Lösungsansatz die enge Zusammenarbeit der wichtigsten parlamentarischen Kräfte, vor

⁴⁰ <http://www.lavozlibre.com/noticias/ampliar/375703/rajoy-quiere-que-espana-recupere-la-voz-en-europa> [09.12.2011].

⁴¹ Centro de Investigaciones Sociológicas, *Barómetro de Noviembre*, http://datos.cis.es/pdf/Es2917mar_A.pdf [09.12.2011].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SPANIEN

VERENA GEIER

November 2011

www.kas.de/Spanien

allein von PP und PSOE, sehen. Am Tag der spanischen Verfassung, am 6. Dezember 2011, schien dieses, vor dem Hintergrund der traditionellen Bipolarität der spanischen Politik und Gesellschaft auch so ferne Ziel plötzlich ganz nah.⁴² Wie sehr die Parteien allerdings auch im politischen Alltag zusammenrücken werden, wird sich im Verlauf der kommenden Legislaturperiode erst noch zeigen müssen.

⁴² <http://www.elmundo.es/elmundo/2011/12/06/espana/1323195172.html> [09.12.2011].